

Tempo 30: Warten auf Signale aus Berlin

Die Stockdorfer werden auf Tempo 30 auf der Ortsdurchfahrt noch warten müssen. Das Rathaus scheut offenbar die Kosten für ein Lärmgutachten und wartet auf Neuigkeiten aus Berlin.

VON CHRISTINE CLESS-WESLE

Stockdorf – Viele Stockdorfer wünschen sich Tempo 30 auf ihrer Ortsdurchfahrt – so, wie es weiter nördlich im Würmtal auf der Staatsstraße bereits gilt. Auf Antrag der

SPD-Gemeinderätin Dr. Carola Wenzel hat der Gautinger Umwelt- und Energieausschuss beim Landratsamt bereits im Juni eine Überprüfung von Tempo 30 mit Lärmmessung beantragt, an sämtlichen Staatsstraßen durchs Gemeindegebiet. Das Rathaus müsste dazu ein aktuelles Lärmgutachten liefern, sagt Landratsamtssprecher Stefan Diebl. Aber Gauting will zunächst auf neue Regeln aus Berlin warten.

Nach Beschwerden lärm- und verkehrsgeplagter Stockdorfer hatte der Verkehrsausschuss auf Antrag der SPD ei-

ne erneute Lärmbelastungsanalyse am gesamten Verlauf der Staatsstraße 2063 im Gautinger Gemeindegebiet bei der Kreisbehörde beantragt. Auf derselben Staatsstraße durch Planegg gelte schon seit 2019 Tempo 30, hatte Wenzel ihren Antrag begründet. Nun fragte sie in der jüngsten Verkehrsausschusssitzung nach.

Wegen Krankheitsfällen gebe es in der Kreisbehörde Verzögerungen, antwortete Bürgermeisterin Dr. Brigitte Kössinger. Doch das Landratsamt gebe gar keine neuen Messungen in Auftrag, sagte

Sprecher Diebl auf Anfrage. Aktuelle Daten für den Lärmaktionsplan müsse die Gemeinde erheben. Unklar sei, ob frühere Messungen des Gautinger Lärmaktionsplans 2016 für eine Anordnung von Tempo 30 an der Staatsstraße ausreichen. „Eine Überprüfung können wir uns grundsätzlich vorstellen“, so Diebl. Bessere Chancen hätte Gauting mit einem aktuellen Lärmgutachten. Die Kosten müsste die Gemeinde übernehmen.

Doch daran scheitere es, erklärte Rathaussprecher Andreas Röming auf Anfrage

und verwies auf die „angespannte Haushaltslage“. Bevor Gauting einen teuren Lärmaktionsplan in Auftrag gebe, warte man ab, was sich auf Bundesebene tue. Denn die an der Ampel-Regierung beteiligten Parteien hätten Erleichterungen für Tempo 30 angekündigt. „Wir probieren es erst einmal mit dem Gutachten von 2016“, verweist Rathaussprecherin Charlotte Rieboldt auf den Beschluss vom Juni. „Nur falls sich auf Bundesebene nichts tut, gibt die Gemeinde ein neues Gutachten in Auftrag.“

Michael Pache, einer der betroffenen Anwohner, erklärte gestern auf Anfrage des Starnberger Merkur, er habe über die SPD schon erfahren, dass sich die Sache länger hinzieht. Betroffene Stockdorfer hätten auch das zuständige Staatsministerium für Verkehr geschrieben und von dort die Antwort bekommen, man habe Verständnis für die Forderung, da auf der Straße rund 11 000 Fahrzeuge pro Tag unterwegs seien. Er und die Anwohner setzten Hoffnung auf die neue Bundesregierung, dass diese mehr Tempo 30 zulässt.